

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 28. August 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements - Preis pro Nummer 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 80 Pf., halbjährlich 1,50 Mk., jährlich 3,00 Mk. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inseizal für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Der neue Steuermann.

Die Not brennt auf den Fingern. Wenn nicht alles trägt, wird das, was die Regierungen eine Reichsfinanz-Reform nennen, die große Frage der nächsten parlamentarischen Zukunft sein. Als die Regierungen den Budgettarif einbrachten, war im wesentlichen die Erwartung größerer Erträge für sie mitbestimmend. Die wild schweifende Meer- und Flottenpolitik hat die Mittel des Reichs erschöpft, die Einzelstaaten finanziell zur Verzweiflung getrieben, und da vorläufig nicht abzusehen ist, wann Handelsverträge mit erhöhten Zollsätzen zur Wirklichkeit gelangen werden, so muß man sich nach schneellerer und zuverlässigerer Hilfe umsehen. „Reichsfinanz-Reform“ heißt das Raubwort, das gerade jetzt sein zehnjähriges Jubiläum feiern kann; im Jahre 1893 tauchte der erste Riquelshagen'sche Reichsfinanz-Entwurf auf, der wie auch ein zweiter folgender vom Reichstag abgelehnt wurde.

Herr v. Thielmann mußte gehen, damit man durch den neuen katholischen und dazu böhrlichen Finanzminister v. Stengel das Centrum zum Umfall auch auf dem finanzpolitischen Gebiete bewegen könnte.

Die Offizlösen sind bereits eifrig an der Arbeit, um für den Plan Stimmung zu machen. Einer dieser Finanzweisen wird in einem „unpolitischen“ Blatte sogar schwingend poetisch: „Das Grotteste des gegenwärtigen Zustandes besteht darin, daß ein so machtvolles politisches Gebilde wie das Deutsche Reich nicht in dem nötigen Umfange über eigne Einnahmen verfügt, finanziell vielmehr ein Kostgänger der deutschen Bundesstaaten, also in hohem Maße unselbständig ist.“

Das ist Wiemar'sch schlecht nachgeschwatzt, der vor 25 Jahren seine Schutzpolitik mit dem Bedürfnis der finanziellen Selbstständigkeit des Reichs begründete. In Wahrheit handelt es sich heute nicht darum, daß das Reich von den Einzelstaaten unabhängig werden soll, sondern die Einzelstaaten von dem Reich oder, was die eigentliche Absicht ist, man will die indirekten Steuern der Massen anspannen, um die direkten Steuern der Besitzenden schonen zu können. Dieser Kern steckt seit der Riquelshagen'schen „Reform“ in allen derartigen Plänen und wird auch das Wesen der Stengel'schen Projekte ausmachen. Die indirekten Steuern im Reich sollen gesteigert, die direkten Steuern in den Einzelstaaten gemäßigt werden!

Verfassungsmäßig beruht die Finanzierung des Reichs auf den Matrikularbeiträgen der Einzelstaaten. Und so sehr auch die Regelung der Matrikularbeiträge mechanisch und unabweisbar eingerichtet ist, so hat es nicht „grottest“, sondern im Gegenteil die notwendige Konsequenz der Reichsverfassung, daß die Einzelstaaten für die Politik des Reichs finanziell haften, die sie doch entscheidend bestimmen. Es sind die im Bundesrat vertretenen Einzelregierungen, welche die Meer- und Flottenvorlagen beschließen. Da wäre es allerdings äußerst grottest, wenn die einzelstaatlichen Regierungen zwar dem Reich Ausgaben ins Blaue hinein bewilligen könnten, die Beschaffung der Einnahmen aber lediglich dem Reich überlassen würde. Auf diese Weise würde, wie schon einmal im „Vorwärts“ bemerkt wurde, das Reich zu einer jener faulen Tochtergesellschaften der Einzelstaaten, auf die alle unrentablen und verlustreichen Geschäfte abgeschoben werden. Dazu kommt, daß die Einzelstaaten wesentlich auf dem direkten Steuersystem beruhen, so daß auch die Besitzenden es fühlen, wenn die Steuern infolge der Reichsvergrößerung wachsen. In dieser Verpflichtung der Einzelstaaten, zu den Ausgaben des Reichs beizutragen, liegt mithin bis jetzt die einzige Hemmung der sinnlosen Kasernen- und Panzerplatten-Politik des Reichs. Und diese Hemmung will man nun los werden, die Einzelstaaten, weil sie an der finanziellen Haftung für das Reich zu Grunde gehen, das Reich, um im Bundesrat und bei den herrschenden Massen keine Schwierigkeiten bei neuen militaristisch-marinistischen Vorstößen zu haben.

Die heilsame Wirkung der Matrikularbeiträge war schon seit der Einführung der Schutzzölle abgeschwächt und fast in ihr Gegenteil verkehrt. Die Frankenstein'sche Klausel, die bestimmte, daß alle Reichseinnahmen aus Zöllen und indirekten Steuern, die über 130 Millionen betragen, an die Einzelstaaten überwiesen würden, hatte zur Folge, daß die Einzelstaaten Stipendiaten des Reichs wurden; sie bekamen mehr heraus, als sie zahlen mußten, sie maßten sich mit an der Vollschatzung durch indirekte Steuern, die das Reich betrieb. Die Verschwendungswirtschaft des neuen Kaiser aber hat es schließlich zu Wege gebracht, daß die Verpflichtung zu Matrikularbeiträgen wieder für die Einzelstaaten fühlbar wurde; sie mußten mehr zahlen, als sie bekamen. Durch eine auschweifende Anleihenwirtschaft wurde die schroffe Umkehrung des Verhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten noch verschleiert, eine Pumpschwärze, die so weit ging, daß selbst ordentliche laufende Ausgaben im letzten Etat durch eine verfassungswidrige Zuschußanleihe gedeckt wurden. Immerhin müßten die Einzelstaaten Geld für die Reichsausgaben herausdrücken, die ihre Regierungen im Bundesrat leichtfertig beschlossen hatten. Der Jammern der Einzelstaaten über solche Konsequenzen ihres eignen Verhaltens brachte dann die „Finanzreform“ in Bewegung: Reich und Einzelstaaten sollen finanziell vollständig getrennt werden, d. h. die Einzelstaaten legen dem Reich zwar die Ausgaben auf, aber sie drücken sich um die Bezahlung. In dieser Trennung liegt sich der Kampf zu zwischen direkten und indirekten Steuern, zwischen den Besitzenden, die sich von Steuern entlasten wollen, und den Proletariern, auf die die Kosten der lediglich für die Lieferanten produktiven Reichsausgaben abgewälzt werden sollen.

Schon vor einigen Tagen hatten offiziöse Blätter die Stengel'schen Finanzreformpläne mit aller Deutlichkeit angekündigt:

„Allmählich sind die Verhältnisse für die Einzelstaaten nun so bräunend geworden, daß eine Ordnung in der einen oder anderen

Form notwendig eintreten muß, sonst steuern diese einer finanziellen Katastrophe zu. Die verbündeten Regierungen scheinen zunächst die Ergebnisse der neuen Handelsvertrags-Beratungen abwarten zu wollen, ehe sie mit bestimmten Vorschlägen in dieser Hinsicht hervortreten. Da sich eine Heranziehung der direkten Steuern für Reichszwecke von selbst verbietet (!), wird sich ihre Reform voraussichtlich an die alten Riquelshagen'schen Vorschläge wieder anlehnen, unter einer stärkeren Beförderung des Tabaks und Bieres. Der neue Leiter des Reichsschatzamts war seiner Zeit ein warmer Befürworter der Grundgedanken der Riquelshagen'schen Pläne.“

Etwas vorsichtiger, aber doch hinreichend klar hat der neue Schatzsekretär jetzt selbst in einer vom Volkswissen Bureau weiter verbreiteten Unterredung mit dem Redakteur eines Münchener Blattes die Finanzreformpläne dargelegt. Herr v. Stengel erklärte:

„Was die Frage der Reichs-Finanzreform betrifft, so müsse man die Sachlage möglichst nüchtern auffassen. Er glaube, daß man sehr zufrieden sein könne, wenn es demnächst gelänge, ein Einverständnis unter den gesetzgebenden Faktoren über die Beseitigung der schlimmsten Uebelstände herbeizuführen, die im Laufe der Jahre allmählich hervorgerufen seien, und wenn es insbesondere gelänge, die verwinkelten finanziellen Beziehungen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten klarer zu ordnen und im Reichshaushalt die sehr erwünschte größere Stetigkeit herbeizuführen. Es müßte auch bald der Anfang mit einer planmäßigen Schuldentilgung gemacht werden; zunächst bedürfte es aber einer Sanierung des Reichs-Invalidentfonds, der im Augenblick sehr im Regen liege und dessen Sanierung er für besonders dringend erachte; das weitere werde man wohl der Zukunft überlassen müssen. Von der Eröffnung neuer, dauernder Steuerquellen im Reich — er wisse nicht, wie der Reichskanzler darüber denke — lasse sich schwer etwas sagen, bevor nicht feststehe, welche Mehrerträge der neue Zolltarif bringen werde und wie weit mit ihm die künftigen Handelsverträge die wirtschaftlichen Verhältnisse beeinflussen würden.“

Jede „Ordnung“ des finanziellen Verhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten bedeutet unter den obwaltenden Verhältnissen die Beseitigung der Matrikularbeiträge, also die Loslösung der Einzelstaaten von der finanziellen Haftung für ihre eignen Bedürfnisse in der Reichspolitik, und die Einführung neuer indirekter Reichssteuern, in erster Linie auf Tabak und Bier. Diese „Reform“ wäre also ein Rückschritt schlimmster Art. Sie widerspricht außerdem dem Flottengesetz, das die Einführung weiterer indirekter Reichssteuern verbietet, wenn auch selbstverständlich niemand daran zweifelt, daß das Centrum auch für diesen neuen Verrat seiner Grundsätze zu haben wäre.

Ist also der bisherige Zustand dem „reformierten“ vorzuziehen, so bleibt auch er unholdbar. Die Notwendigkeit einer finanziellen Auseinandersetzung zwischen Reich und Einzelstaaten erkennt auch die Socialdemokratie an. Sie darf aber nur in der Weise geschehen, daß das Reich zu direkten Steuern übergeht, unter denen die Einführung einer Vermögens- und Erbschaftsteuer für die Einzelstaaten am wenigsten störend wäre.

Direkte Steuern im Reich — das ist eine der entscheidenden Fragen unserer gegenwärtigen Politik. Sie bedeuten einmal eine Stärkung des Parlaments insofern, als es damit erst die materielle Möglichkeit erhält, über die Einnahmen des Reichs zu bestimmen. Direkte Steuern zwingen weiterhin die herrschenden Klassen, die finanziellen Folgen ihrer Politik auf sich zu nehmen und hemmen dadurch den Bewilligungseifer. Sie entlasten endlich die Massen von der drückendsten und ungerechtesten Kopfsteuer. Gegenüber der Finanzreform mit Tabak und Bier arbeitet die Socialdemokratie auf eine Finanzreform hin, die das Reich von den direkten Steuern der Einzelstaaten nur unter der Bedingung löst, daß das Reich selbst zu direkten Steuern, vornehmlich auf Besitz und Erbe, übergeht.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. August.

Die Wahlrechts-Krise in Sachsen.

Die Wahlrechts-Krise wird akut! Rumore ist sicher anzunehmen, daß die Dreiklassenwahl für den Landtag bestehen bleibt. Die Regierung hat es nicht für nötig befunden, die Mitteilungs der national-liberalen „Dresdener Zeitung“ zu dementieren, nach der die Regierung die Beibehaltung des Dreiklassen-Wahlrechts mit der Abänderung wünscht, daß jede Klasse ihre Abgeordneten selbst wählen solle. Mag diese Mitteilung auch nicht erschöpfend sein, aber sie ist im wesentlichen glaubhaft. Andre unbedeutende Modifikationen fallen diesem Grundzuge der Regierungsvorhaben gegenüber nicht ins Gewicht. Auch das Verhalten der Wahlrechtsdrüber im national-liberalen und konservativen Lager kann nur als eine Bestätigung jener Mitteilung gelten. Die National-liberalen sind, seit sie Kenntnis von diesem Plane haben, beflissen, der Regierung noch einige kleine Abänderungen zu präsentieren, die der Begünstigung der Agrarier und Konservativen eine kleine Einschränkung aufzulegen. Und die Konservativen benehmen sich noch halbhartiger, um die Regierung noch weiter zurückzudrängen. Aber etwas, das steht alle Welt ein, muß nun ja doch in der nächsten Landtagssession geschehen, soll die sächsische Politik nicht als narrenhausreif signalisiert werden.

Wird das Dreiklassen-Wahlrecht trotz aller Änderungen bestehen, dann wird es im nächsten halben Jahre eine gewaltige Volksbewegung in Sachsen geben. Von dem Tage ab, an dem die Regierung dem Landtag resp. der Deutscher Reichstag ihre Wahlrechts-Vorlage unterbreitet, wird die Socialdemokratie das Volk gegen das neue Wahlrecht aufzurufen und die Landtags-Verhand-

lungen mit einer öffentlichen Volksdiskussion begleiten, die dem Wahlrechts-Landtag keinen Zweifel über die Würdigung seiner Thätigkeit lassen werden. Dann tritt die socialdemokratische Agitation in ein andres Stadium und wird auch dann den Beweis erbringen, daß sie die Gelegenheit so beim Schopfe zu erfassen weiß, daß dem Volke die Notwendigkeit der socialdemokratischen Opposition noch viel eindringlicher erscheinen muß, als bisher. Daran wird die Socialdemokratie auch nicht gehindert werden durch die bekannte Eingriffslustigkeit der Behörden, denn noch immer ist sie gerade der schwierigsten Situationen Herr geworden.

Die Heimlichthuererei, die nichts Offizielles über ihre Absichten bezüglich des Wahlrechts verlauten läßt, und die sie wahrheitsgemäß bis zur Eröffnung des Landtags weiter treibt, nützt der Regierung nichts. Müßt sie dann endlich doch mit neuen Beweisen ihrer rüchständigen Wahlrechtsansichten heraus, wird sich die socialdemokratische Opposition nur um so intensiver mit ihnen befassen, die Volksbewegung erhält dann einen spontanen Charakter. Um so besser — für uns. Innerhalb der Partei wird man sich auf eine sehr bewegte Kampfperiode einrichten. Große Demonstrationen werden die ununterbrochene Agitation gegen die Verewigung des Dreiklassen-Wahlrechts einleiten müssen, wozu die ganze Landtagssession immer neuen Stoff liefern wird. Die Wahlrechtskrise wird also akut! —

Deutsches Reich.

Sonn Katholikentage.

8. u. 9. August. (Fig. Ber.)

Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der Katholikentage, daß sie keine Tagesordnung kennen. Es wird nur angegeben, wann und wieviel Versammlungen sein sollen; was darin vorkommt, weiß kein Mensch, das zu bestimmen, ist Sache des Präzidenten, der auf diese Weise die ergiebigste Gelegenheit hat, die Versammlungen spannend zu gestalten und mit Ueberraschungen zu unterhalten. Indessen das entspricht der Gemüthsart der Teilnehmer, denen es unerwartet ist, was geredet wird, wenn nur geredet und ihnen Gelegenheit gegeben wird, ihren Ueberschuss an Begeisterung durch reichliche Weisfalls-spenden an den Mann zu bringen. Dafür ein Beispiel: In der gestrigen öffentlichen Versammlung wurde der Besuch des Kardinals Ferrari von Mailand angekündigt, was natürlich den solcher Gnade angemessenen Weisfallssturm entfesselte. Als dann der purpur-geschmückte Gast eintrat, erhob sich die zehntausendköpfige Menge zu einer minutenlangen Ovation. Donnernde Hochs erschallten, aber offenbar auf Verabredung setzten stimmgebaltige Männer im geistlichen Gewande mit „Evidua“ ein; das katholische Volk von Köln und Umgebung gehorchte der Anweisung und bald beherrschte der italienische Huldigungsruf den weiten Saal. Die Kenntnis des Italienischen machte reichende Fortschritte. Als der Kardinal sich zu einer Rede in der Sprache seines Landes erhob, da hatte auch der simpelste Gispastor und der urldnischste Pfaffen die Sprache Dantes in einer Weise erfaßt, daß er jeden Satz, ja jedes Wort des Redners mit donnerndem Weisfall begleitete. Wir lesen in der Bibel, daß am Pfingsttage die Jünger Jesu zum Erstaunen des Volkes in fremden Sprachen redeten; warum sollen die Teilnehmer des Katholikentages unter dem begnadenden Einfluß zweier Kardinalen nicht der Gabe teilhaftig werden, fremde Sprachen wenigstens zu verstehen! —

Den Bayern ist auf dem Kölner Katholikentage große Ehre zugefallen worden. Herr Ortner aus München ist Präsident und Herr Schäbler aus Bamberg war berufen, den 50. Katholikentag auf die gehobene Höhe zu bringen, die bisher nur laus Stimmung zu erreichen und durch die rechte Jubelstimmung zu erreichen. Herr Schäbler ist einer der wenigen Redner, die mit ihrer Stimme den weiten Raum der Festhalle auszufüllen vermögen, er holt den Weisfall aus der verlorensten Ecke heraus, er beriebt es außerdem, den alten Schlagworten neue Pointen aufzusetzen und Dinge zu sagen, vor denen die Diplomaten des norddeutschen Centrums zurück-schrecken. Der bayrische Prälat prius das katholische Volk als den Schöpfer und Erhalter der Autorität; wie 1848, wo die Thronen krachten, stelle sich auch jetzt das katholische Volk der gefährdeten Autorität zur Verfügung. Verbindung: Freiheit der Kirche und gleiches Recht für alle, d. h. Parität! Das ist ja nichts Neues, das ist der Reiz aller Reden aller Katholikentage, aber es gewinnt durch die Art, in der Schäbler es sagte, durch den von ihm und anderen Rednern geistlich betonten Zusammenhang mit der Socialdemokratie und ihren letzten Wahlerfolgen besondere Bedeutung: das Centrum und die Kirche stellen sich noch williger als bisher der Regierung im Kampfe gegen die Socialdemokratie zur Verfügung. Nun, die Socialdemokratie ist auch noch da, und die vereinigte Reaktion wird wohl gerüstet finden.

In den geschlossenen Generalversammlungen wird unterdes in gemächlichem, nur durch die üblichen Weisfallsstürme unterbrochenen Gange ein Antrag nach dem andern angenommen, wie das vom Gehorsam des katholischen Volkes seinen Führern gegenüber geizt. Einer der Anträge der Sektion für die soziale Frage verdient erwähnt zu werden, er fordert zur „Fürsorge“ für die auf dem Lande heranwachsende männliche Jugend „Bauerarbeitsvereine“. Das Centrum fühlt, daß es auch auf dem Lande seines Anhanges nicht mehr sicher ist und namentlich die zur Stadt einwandernden jungen Leute verliert — daher das neue Werk ultramontaner Socialpolitik! —

Köln, 27. August. (Tel.) In der heutigen vierten öffentlichen Versammlung verlas der Präsident Dr. v. Ortner folgendes Schloß Wilhelmshöhe, den 27. d. datiertes Telegramm: Seine Majestät der Kaiser und Königin haben den Huldigungsgruß der diesjährigen Jubiläums-Generalversammlung der Katholiken Deutschlands mit Freuden entgegengenommen und lassen das Präsidium ersuchen, der Generalversammlung für den Ausdruck treuer Ergebenheit allerhöchst ihren wärmsten Dank auszusprechen. Auf allerhöchsten Befehl: Geheimrer Kabinettsrat v. Lucanus. — Nach der Verlesung erscholl fürmischer Weisfall. Dr. v. Ortner bemerkte: Unsere Huldigung hat ein freundschaftliches Echo gefunden, mögen wir darin eine gute Vorbedeutung für die Zukunft erblicken. Der Redner brachte sodann ein freudig aufgenommenes Hoch auf Se. Majestät den Kaiser aus. Hierauf sprach Herr v. Herling:

Stellung sicher; Freisinnige und Liberale jedoch, denen die Socialdemokratie als ein größeres Uebel erscheint als wie die Reaktion, können wir nicht für geeignet halten, die Reaktion zu schwächen und in ihren Händen halten wir auch das jegliche bürgerliche Versammlungsrecht nicht für geborgen. Die Freisinnigen wie die Liberale müssen sich unbedingt mit dem Gedanken vertraut machen, daß es diesmal heißt: entweder — oder. Entweder sie geben offen die Parole aus: Unter allen Umständen gegen die Reaktion, oder sie werden mit der Reaktion in einen Topf geworfen und von dieser verschlungen.

Die Parteigenossen in Köln sind namentlich auch in die Agitation für die preussischen Landtagswahlen eingetreten. Der Vorstand des Socialdemokratischen Vereins ist mit der Leitung der Wahlarbeit beauftragt. Die Agitation wurde würdig eingeleitet durch eine Versammlung, worin Genosse Dr. Krons redete. Der Besuch war so zahlreich, wie ihn in Köln noch keine Partei bei einer Landtagswähler-Versammlung gehabt hat. Genosse Krons wies auf die — zunächst rein rednerische — Möglichkeit hin, daß die Kölner Liberalen mit Hilfe der Socialdemokraten dem Centrum die beiden Kölner Landtagsitze streitig machen könnten. Bei der vorigen Wahl hatte das Centrum in Köln 828, die Liberalen 837 Wahlmänner, im Jahre 1898 676 gegen 897, im Jahre 1888 542 gegen 338. Die liberale Wahlbeteiligung ist zurückgegangen, weil die liberalen Wähler einen Erfolg für aussichtslos halten. Das würde anders, wenn sich die Socialdemokratie beteiligt. In der ersten Wählerklasse hatten die Liberalen mit 218 gegen 170 Centrums-Wahlmänner die Mehrheit; in der zweiten Klasse hatten Liberale 139, das Centrum 249; in der dritten Klasse die Liberalen 31, das Centrum 357. Die Herrschaft des Centrums in der dritten Klasse dauert nur so lange, als die Socialdemokratie sich an der Wahl nicht beteiligt. Genosse Krons erörterte dann die Frage, ob eine Gemeinschaft zwischen den Liberalen und der Socialdemokratie möglich sei. Er machte eine scharfe Scheidung zwischen wirklichem und Pseudo-Liberalismus und erklärte, daß nur mit wahrhaft liberalen Männern eine Verständigung möglich sei. Den Nationalliberalen redete er ins Gewissen und erinnerte sie daran, daß sie bei der vorigen Landtagswahl neunzehn Sitze verloren, während das Centrum neun gewann; sie waren von 90 auf 71 Abgeordnete, das Centrum stieg von 91 auf 100. Der Redner citierte, was 1898 gelegentlich der Wahl ein Liberaler in der „Frankfurter Zeitung“ schrieb: „In Handel und Gewerbe ist die Reichsregierung beherrscht von dem Gegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitern; in dem preussischen Landtag ist dieser Gegensatz nicht vorhanden. Den Interessen des sächsischen Unternehmertums wie der sächsischen Arbeiterschaft steht die agrarische Mehrheit in gleich großer Feindschaft gegenüber.“ Genosse Krons gab weiter eingehende wahlstatistische Anleitungen für unsere Parteigenossen. Die Stimmung der Versammlung ließ das Beste für die Wahlbeteiligung hoffen.

Auch in Elberfeld fand eine stark besuchte Versammlung statt, in der Genosse Krons die Situation für die Landtagswahlen behandelte.

Die jegliche Vertretung des Kreises Elberfeld-Barmen im Landtag ruht in den Händen des Nationalliberalen von Knapp und des Konservativen Beyerbusch, ein Mann, der dem Siesebrechtschen Komplott gegen das Reichstagswahlrecht angehört, also einer der schlimmsten Reactionäre. Die Nationalliberalen sind nicht viel besser, denn auch von ihnen befinden sich welche in dieser Gesellschaft. Nach den Ergebnissen der letzten Wahl, an der sich die Freisinnigen allerdings nicht beteiligten, und der Wahl im Jahre 1893, wo sie noch 192 Wahlmänner durchbrachten, mühten sich auch hier noch Freisinnige finden, die gewillt sind, die jegliche Vertretung zu befeitigen. Selbst Eugen Richter habe nach der Wahl 1898 in seiner „Freisinnigen Zeitung“ geschrieben: „Nicht in manchen andern Wahlkreisen würde die Wahlbeteiligung der Socialdemokraten den Nationalliberalen Abbruch getan haben, so im Wahlkreis Remscheid-Solingen. Ebenfalls wäre dies möglich gewesen in Elberfeld-Barmen, wenn dort nicht die Freisinnige Volkspartei Wahlenthaltung beschloßen hätte.“ Ich richte an alle Freisinnigen, so fuhr Redner fort, einen Appell, sich aufzuraffen und nicht erst eine Parteiparole von Verzicht abzuwarten, und zu versuchen, gemeinsam mit uns den Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen. Andersfalls werde es dahin kommen, daß sie vollständig in der Liste der politischen Parteien ausgelöscht werden. Auch an die Nationalliberalen möchte ich mich wenden, und zwar an diejenigen, die zur Einsicht gekommen sind, daß es sich mit dem Wort Liberal nicht vereinbaren läßt, mit einem Beyerbusch gemeinsame Sache zu machen. Wenn es ernst sei mit dem Auf nach Links im preussischen Landtag und ihn für notwendig hält, der hat jetzt Gelegenheit, das durch die That zu betreiben.

Es wurde zum Schluß ein Wahlkomitee gewählt.

Die Düsseldorf Genossen beschloßen gleichfalls nach einem Vortrage des Genossen Krons, sich an der Landtagswahl zu beteiligen und wählten ein Wahlkomitee.

Die Beteiligung an der Wahl beschloßen auch die Genossen im Kreise Frankfurt a. O. Auch sie wählten ein Komitee zur Vertretung der Wähler.

Die Genossen des dritten schleswig-holsteinischen Reichstags-Wahlkreises beschloßen in ihrer Kreisversammlung, die Frage der Beteiligung noch offen zu lassen und abzuwarten, ob eine Einigung zwischen uns und dem Freisinn zu stande kommt. Diefem Beschlusse gegenüber möchten wir doch darauf hinweisen, daß der Mainzer Beschlusse die Beteiligung mit eigenen Wahlmännern verlangt und keineswegs eine Einigung mit den Freisinnigen zur Voraussetzung unserer Beteiligung macht.

Partei-Nachrichten.

Zur Vizepräsidentenfrage.

Eine Parteiverammlung des vierten sächsischen Wahlkreises sprach sich in der Mehrheit dahin aus, daß unsere Fraktion den Vizepräsidentenposten zu fordern, sich aber keine Hoffnungen vorzuschreiben lassen solle.

In dem gleichen Sinne sprach sich eine Parteiverammlung in Arefeld und eine andre in Duisburg aus.

Die Genossen des vierten hannoverschen Wahlkreises stellten sich auf denselben Standpunkt und drückten gleichzeitig ihr Bedauern über das Vorgehen Bernsteins aus.

Die in Offenburg abgehaltene Parteikonferenz für den siedenden badischen Reichstags-Wahlkreis nahm diese Resolution an:

Die Parteikonferenz hält es für selbstverständlich, daß die socialdemokratische Fraktion des Reichstags bei der Vizepräsidentenwahl wie bisher für einen Parteigenossen stimmt und es verschmäht, die vortreffliche Ausbeutung des arbeitenden Volkes und der „waterlandlosen Nothe“ vom 16. Juni durch eine Konzeption an die Höffingstättel zu entwürdigen. Es möge deshalb der Parteitag zu Dresden über diese Frage keine Zeit vergeuden. Eine Einverleibung derselben in die Tagesordnung wäre nur zu empfehlen, wenn dieser sogenannten revisionistischen, vom früheren Parteitag schon abgewiesenen Strömung eine gründliche Behandlung zu teil und sie in die Sphäre der bürgerlichen Politik verwiesen werden soll, wohin sie gehört. Der erfolgreiche Vormarsch der socialdemokratischen Bewegung legt unser Reichstagsfraktion wichtige Aufgaben genug vor: Kampf gegen die Wahlrechtsveränderung der Arbeiterschaft und für den Abschluß guter Handelsverträge, für Erweiterung des Arbeiterrechtes und Arbeiterrechtes. Wir beauftragen den Vertreter unseres Wahlkreises auf dem Parteitag, in diesem Sinne seine Stimme abzugeben.

Zur Präsidentenfrage werden wir um Veröffentlichung des Folgenden ersucht:

Ich habe es bisher unterlassen, auf die Vorwürfe der Quertreiber, Sensationsmache etc. ein Wort zu erwidern, die hier und da aus Anlaß meiner Äußerungen über die Frage der Vizepräsidentenfrage gegen mich erhoben worden sind. Nachdem aber laut

den Berichten des „Vortwärts“ diese Angriffe vorgestern in den Versammlungen der Berliner Wahlkreise in allen Zonarten wiederholt worden sind, scheint es mir für geboten, an dieser Stelle gegen sie entschiedene Verwahrung einzulegen.

Es ist absolut unerfindlich, wie man in einer Meinungsäußerung zu einer Frage, die in der Partei wiederholt erörtert worden ist, Quertreiberereien erbliden kann. Unter Quertreiber versteht der Sprachgebrauch Mäße, die den Zweck haben, eine bestimmte Aktion zu hintertreiben. Nun ist aber der fragliche Artikel erstens, was ich aus verschiedenen Gründen hervorheben will, ohne jede Verabredung mit andern entstanden und hat zweitens, wie beim Nachlesen sofort ersichtlich ist, lediglich den Zweck, dem Bericht auf eine Position zu widerraten, von der ich überzeugt bin, daß ihre Befolgung im Interesse der Partei liegt. Man mag darüber anderer Meinung sein, aber was können wir, wenn jeder jede ihm mißliebige Meinungsäußerung als Quertreibererei bezeichnen wollte? Welches Streben der Partei wird durch die betreffenden Erörterungen hintertrieben?

Der Vorwurf der Sensationsmache findet weder in der Art der Veröffentlichung, noch in der Form meiner Äußerungen seine Berechtigung. In einem Artikel, der sich allgemein mit den Ergebnissen der Reichstagswahl beschäftigt, ist die Frage der Vizepräsidentenfrage von mir erörtert worden, genau wie andre Parteischriftsteller andre Fragen erörtert haben, die ihnen der Ausfall der Wahlen nahe legte. Sensation ist den Ausführungen erst durch Tageszeitungen verliehen worden, auf deren Thun und Lassen ich keinerlei Einfluß, mit deren Redaktionen ich keine Beziehungen habe. Dem entgeht kein Mensch, der in der Öffentlichkeit steht. Selbst wenn ich der erste und einzige wäre, der die aufgeworfene Frage in dem von mir entwickelten Sinne propagierte, würde ich dagegen Verwahrung einlegen müssen, daß das Eintreten für einen neuen Gedanken ohne weiteres als Sensationsmache verdächtig wird. Es schlägt dies allen gerade von uns hochgehaltenen Grundsätzen der Meinungsfreiheit ins Gesicht und entspricht dem Gefühl einer Schwäche, zu der für die Socialdemokratie heute doch der letzte Anlaß vorliegt.

Zum Schluß noch ein Wort über den Vorwurf der angeblichen Ungeheuerlichkeit, Unzeitgenauigkeit, Dummheit oder was sonst noch. Entweder war der so qualifizierte Vorschlag prinzipiell vertuschelt oder nicht. War er das erstere, so würde ihn auch die allerklügste und geschickteste Taktik nicht verbessert haben. Ist er aber nicht an sich verwerflich, so steht die Frage nur, ob seine Erörterung vor der breiten Öffentlichkeit am Platze war oder der Fraktion als eine innere Frage der parlamentarischen Taktik zu überlassen war. Ich habe nichts gegen das letztere, kann aber nicht zugeben, daß es ein Unrecht war, eine Frage ruhig vor dem Forum der Partei zu erörtern, die doch jedenfalls eine solche des öffentlichen Lebens ist. Ich gestehe ein, dabei nicht vorausgesehen zu haben, daß ein Teil der Genossen auf die sensationellen Artikel der gegnerischen Presse so großes Gewicht legen würde, wie es tatsächlich geschehen ist. Aber diese Sensation verleiht und damit sicher auch die jegliche gereizte Behandlung der Frage. Schließlich spricht in allen diesen Dingen das Gewicht der Thatfachen das entscheidende Wort. Inzwischen aber, denke ich, behält das alte Motto: „Ausprechen was ist“, auch noch sein Stüd Berechtigung.

Berlin, den 27. August 1903.

Eduard Bernstein.

Die Kreisversammlung für Rottbusch-Spremberg beschloß die Einführung einer Centralorganisation für den ganzen Kreis, die sich aus den örtlichen Vereinen zusammensetzt.

Der Landesparteitag für das Herzogtum Braunschweig beschloß nach eingehender Debatte über die braunschweigischen Landtagswahlen, daß sich die Partei an der nächsten Landtagswahl nicht beteiligen soll. Die Versammelten glauben hiermit nicht gegen den Mainzer Parteitagbeschlusse zu verstoßen, nachdem der erste Versuch im Jahre 1899 nach dem bestehenden hiesigen Wahlrecht mißlungen ist. Die Versammlung beschloß ferner, die Partei hat in eine lebhaftige Agitation für das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht zum braunschweigischen Landtage einzutreten. Außerdem wurde beschloßen, einen Parteisekretär fest anzustellen.

Aus Industrie und Handel.

Zur Lage der Maschinenfabriken wird der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ aus Fachkreisen geschrieben: „Die Lage der Maschinenfabriken hat begonnen eine bessere zu werden. Diese Werke haben wohl am längsten und schwersten unter der schlechten Konjunktur gelitten, und die Maschinenindustrie hat lange Zeit gebraucht, um sich von den Schlägen der Jahre 1901 und 1902 zu erholen. Es scheint aber, als wenn die Vorräte an Maschinen, welche sich damals aufgestapelt hatten — soweit natürlich Maschinen überhaupt auf Vorrat gearbeitet werden können — geschwunden sind und die Aufnahmefähigkeit der Maschinen laufenden Werke eine bessere geworden sei. Infolge dessen macht sich ein lebhafteres Geschäft in Maschinen aller Art bemerkbar, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß einzelne Maschinenfabriken wieder mit Berggründungen und Verbesserungen ihrer Einrichtungen beginnen. Wenn also die Menge der eingehenden Aufträge zur Zeit eine befriedigende ist, so lassen sich von der andern Seite doch die Preise noch viel zu wünschen übrig, und um auf den Wert der Produktion vom Jahre 1899 oder 1900 zu kommen, bedarf es heute einer ungleich intensiveren Arbeit und der Herausgabe eines verhältnismäßig größeren Quantum als damals. Trotz der guten Nachfrage wollen die Preise nicht anziehen, und von einem besseren Verdienst ist nur selten die Rede; immerhin aber sind sie nicht direkt verlustbringend, sondern so, daß man eben damit auskommt. Da infolge der Vorgänge auf dem amerikanischen Eisenmarkt die Amerikaner sich etwas gelegt beziehungsweise sich herausgestellt hat, daß sie bedeutend übertrieben war, und da außerdem auch die Meldungen aus den Vereinigten Staaten wieder günstiger lauten, so wird man in der Voraussicht nicht fehlgehen, daß die jegliche Besserung auch weiter anhalten wird, wenn schon zu erwarten steht, daß gegen den Winter die übliche Abschwächung sich bemerkbar machen muß.“

Von anderer Seite wurde jüngst die Lage weniger günstig geschätzt. Jene Maschinenfabriken, die landwirtschaftliche Maschinen, Automobile und Maschinen für die Textilindustrie herstellen, haben zwar gut zu thun; dagegen klagen andre, die hauptsächlich größere Dampfmaschinen und Werkzeugmaschinen liefern, noch immer über den Mangel an Aufträgen.

Die Exportindustrie und Fabrikatausfuhr aus den Vereinigten Staaten von Amerika. Ueber die Entwicklung der Fabrikatausfuhr aus den Vereinigten Staaten von Amerika brachte vor einiger Zeit das „Monthly Summary“ eine Abhandlung, in der zum erstenmal die Ausfuhr der einzelnen Industrieprodukte nach Ländern und von der Rohstoffausfuhr getrennt aufgeführt wird. Bis her erstien diese Vergleichung nur für die Ziffern der Gesamtausfuhr. Allerdings sind in diese Zusammenstellung unter den Fabrikaten auch die Mineralöle mit ausgenommen worden, deren Ausfuhrwert beispielsweise im Jahre 1902 allein mit 66 Millionen Dollar nicht weniger als ein Siebentel der gesamten amerikanischen Fabrikatausfuhr mit 408 Millionen Dollar betrug. Die Gesamt- und Fabrikatausfuhr der Vereinigten Staaten bewertete sich unter Nichtberücksichtigung der Mineralöle bei der Fabrikatausfuhr im Vergleich zu derjenigen Deutschlands, deren Statistik die Mineralöle zu den Fabrikaten nicht zählt, in Millionen Mark, wie folgt:

	1894	1897	1901	
	Ver-einigte Staaten	Deutsch-land	Ver-einigte Staaten	Deutsch-land
Gesamtausfuhr	3651	3051	4334	3786
Fabrikatausfuhr	615	1879	927	2304

Die Ausfuhr von Industrieprodukten bildet daher in den Vereinigten Staaten von Amerika etwa $\frac{1}{5}$ — mit Petroleum 30 Proz. — und in Deutschland ungefähr $\frac{1}{3}$ der Gesamtausfuhr.

Im Jahre 1902 führten die Vereinigten Staaten an Fabrikaten (inkl. Petroleum), (unter gleichzeitiger Angabe der Werte für die ge-

samte Warenzufuhr in Klammern) in Millionen Dollar aus: nach Europa für 198 (904), nach Nord- und Mittelamerika für 100 (193), nach Südamerika für 23,5 (39), nach Asien (ohne Philippinen) für 43,5 (63), nach Australien (mit Philippinen) für 27 (34) und nach Afrika für 11 (33). Es betrug somit gegenüber der Gesamtausfuhr von Fabrikaten in Höhe von 408 Millionen Dollar der Anteil der Fabrikatausfuhr nach Europa 40 Proz., nach Nord- und Mittelamerika 25 Proz., nach Südamerika 6 Proz., nach Asien 11 Proz., nach Australien 7 Proz., und nach Afrika 3 Proz. Europa und Nordamerika nahmen daher etwa $\frac{3}{4}$ der gesamten Fabrikatausfuhr auf, während auf alle andern Weltteile zusammen nur $\frac{1}{4}$ fiel, trotzdem bei diesen letzteren die Ausfuhr zum größten Teile aus Fabrikaten bestand. Auffällig ist der geringe Anteil, den die Fabrikate bei der Ausfuhr nach Afrika bilden.

So bedeutend sich auch die Ausfuhr von Fabrikaten entwickelt hat, so ist doch Amerika noch weit davon entfernt, ein Exportindustriestaat zu sein, da die Ausfuhr nur einen verschwindend kleinen Teil der Gesamtproduktion absorbiert. Nach dem Census hatten die in den Vereinigten Staaten hergestellten Fabrikate im Jahre 1900 einen Gesamtwert von rund 13 Milliarden Dollar, während die Ausfuhr (ohne Petroleum) sich auf 366 Millionen Dollar, also noch nicht auf 3 Proz. der jährlichen Fabrikaterzeugung belief.

Sociales.

Der Kranken im Bade.

Ein Beitrag zur gesellschaftlichen Verschönerung des Arbeiters.

Der Allgemeine Knappschaftsverein zu Vohum giebt den Mitgliedern der Knappschaftskasse, die zum Gebrauche einer Wadeler nach den Bädern Dehnhäusen, Meinsberg, Soden oder Rippispringe geschickt werden, „Allgemeine Vorschriften“ über das Verhalten im Badoorte, die wir als ein Kulturdokument vollständig mitteilen wollen.

1. Die Patienten haben sich in- und außerhalb der Quartiere anständig zu benehmen und die Belästigung anderer Personen in jeder Weise zu vermeiden.

2. Die in den einzelnen Quartieren üblichen Zeiten, zu denen gegessen wird, sind pünktlich einzuhalten. Die in den Quartieren etwa vorhandene Hausordnung ist zu befolgen.

3. Spätestens um:

8 Uhr abends im Monat Juli,

8 Uhr abends in den Monaten Mai, Juni und August,

7 Uhr abends in der Zeit vom September bis Mai,

hat jeder Kranke in seiner Wohnung zu sein und darf dieselbe nicht mehr verlassen; um 10 Uhr muß er zu Bett gehen.

4. Die ärztlichen Vorschriften, namentlich bezüglich des Verhaltens nach dem Baden und des Aufenthalts im Freien zur Abendzeit sind unter allen Umständen strengstens zu befolgen. Der Aufenthalt im Freien ohne Stiefel und in Hemdsärmeln (ohne Rod) ist verboten.

5. Die Ausführung von Fußtouren und Reisen in die Umgegend während der Kurzeit ist nur mit Genehmigung des Arztes gestattet.

Das Ausgehen in Hauschuhen oder Pantoffeln ist verboten. Nur in ordnungsmäßiger, anständiger Kleidung und Wäsche dürfen Spaziergänge unternommen werden.

6. Der Genuß von Branntwein und sonstigen Spirituosen in- und außerhalb der Quartiere ist verboten.

7. Das Tabakrauchen während des Liegens in den Betten ist verboten.

8. Das Mitbringen von Kindern ist gänzlich verboten; erwachsene Begleiter dürfen nur dann mitgebracht werden, wenn dieselben zur Pflege des Kranken erforderlich sind.

9. Besuche der Angehörigen der Kranken während der Kurzeit werden nur dann vom Arzte gestattet, wenn der Zustand des Kranken solchen Besuch für wünschenswert erscheinen läßt.

10. Der Besuch der Abendkonzerte ist verboten. Zuwiderhandlungen ziehen sofortige Entlassung aus der Kur nach sich. Der Aufenthalt im Kurpark zur Abendzeit ist verboten.

11. Diese Vorschriften sind nur zu dem Zwecke erlassen, um den Kranken einen guten Kurverfolg zu sichern. Es wird deshalb erwartet, daß die Kranken denselben schon in ihrem eignen Interesse bereitwilligst Folge leisten werden.

Grabe oder wiederholte Verstoße gegen diese Vorschriften ziehen die sofortige Entlassung des Kranken nach sich. In diesem Falle steht dem Kranken ein Anspruch auf Gewährung der Auslagen für die Rückreise nicht zu.

12. Rauchen und Reinigen des Schuhs und der Kleidungsstücke in Wohn- oder Schlafzimmern ist verboten. Dasselbe hat vielmehr nur in dem zu diesem Zwecke vom Quartierwirt zu bestimmenden Räume stattzufinden.

13. Kartenspielen um Geld oder Geldeswert ist unstatthaft.

14. Der Verkehr männlicher Pflinglinge mit weiblichen Personen und weiblicher Pflinglinge mit männlichen Personen, insbesondere auch gemeinschaftliche Spaziergänge sowie der gemeinschaftliche Besuch von Schützen- und Kriegerfesten usw., von Wirtschaft-Etablissements, Kaffeegärten und dergleichen ist verboten.

15. Diejenigen Pflinglinge, welchen eine Passagelur verordnet ist, haben unter allen Umständen das Erscheinen des Passieurs im Quartier abzuwarten.

16. Sämtliche nicht verbrauchte Wadeler sind spätestens bei der Entlassung an den Aufsichtsbeamten zurückzugeben. Die Ueberlassung solcher Wadeler an andre Pflinglinge oder die Zurücklassung im Quartier ist strengstens verboten. Verkauf oder andere Verwertung der Wadeler ist strafrechtlich verfolgt.

17. Wünsche und Beschwerden, welche das Logis oder die Verpflegung betreffen, haben die Kranken zunächst ihrem Hauswirte vorzutragen, um sie auf gütlichem Wege zu erledigen. Im übrigen haben sich die Kranken mit ihrem Anliegen vertrauensvoll an den Aufsichtsbeamten oder den behandelnden Arzt zu wenden.

18. Den Anordnungen des Arztes und des Aufsichtsbeamten ist Folge zu leisten.

Ein Abdruck dieser Vorschriften wird den Kranken vor der Abreise mitgeteilt und außerdem durch Aushang in den von ihnen bewohnten Zimmern zur Kenntnis gebracht.

Man beachtliche, daß den Kranken mit der Ueberweisung in einen Wadeler nicht etwa ein Geschenk gemacht wird, sondern daß es sich lediglich um Gewährung der rechtmäßigen Kranken-Unterstützung handelt, auf die das kranke Kassenmitglied einen klaren Anspruch hat, erworben durch Zahlung von Beiträgen; zur Zahlung von Beiträgen besteht eine gesetzliche Verpflichtung.

Da haben wir nun die Gleichberechtigung aller Staatsbürger vor dem Gesetze und nicht neben dieser juristischen Gleichheit wohnt die Sklavemoral von der Minderwertigkeit einer ganzen Klasse, gerade wie neben dem allgemeinen gleichen Reichstags-Wahlrecht das Klassen-Wahlrecht zu den Landesparlamenten und den Gemeindevertretungen wohnt. Welche Mißachtung des Arbeiters liegt nicht in diesen an eine Gefängnisordnung gemahnenden Vorschriften, die noch dazu durch Aushang in den Zimmern — die von Privatn abgemietet sind — auch den Zimmervermietern und damit jedermann im Orte bekannt gemacht werden, so daß der Krankenkrank auch für die Öffentlichkeit als ein untergeordnetes Wesen gekennzeichnet ist. Es ist natürlich Anstöß, daß diese Vorschriften zu dem Zwecke erlassen sind, einen guten Kurverfolg zu sichern. Zur Sicherung des Kurverfolges genügt es vollständig, den Kranken die Beobachtung der Anordnungen des Arztes zur Pflicht zu machen. Was hat es etwa mit der Sicherung des Kurverfolges zu thun, wenn man den Verkehr zwischen männlichen und weiblichen Personen, gemeinschaftliche Spaziergänge männlicher und weiblicher Personen verbietet, wenn man den Besuch der Abendkonzerte und des Kurparks zur Abendzeit verbietet, was hat das generelle Verbot des Besuchs Angehöriger, das Verbot des Ausgehens in Hauschuhen, des Tabakrauchens im Bett, des Kartenspiels um Geld mit der Sicherung des Kurverfolges zu thun? Das sind zum Teil Selbst-

Verständlichkeiten, die jeder anständige Mensch ohne weiteres läßt; man darf ruhig abwarten, ob ein Einzelner in diesen Dingen Anlaß zu Behauptungen giebt. Zum Teil aber sind es unwürdige Behauptungen, die gänzlich ungerechtfertigt sind. Es ist lediglich ein Beweis der Mißachtung, die das Unternehmertum dem Arbeiter im allgemeinen entgegenbringt. Man hat in dieser Beziehung, in dieser Mißachtung der Arbeiterklasse, die ja nicht bloß in diesem einen Dokument, sondern bei vielen andern Gelegenheiten auch zum Ausdruck kommen, die psychologische Erklärung für manche Vorgänge in unserm öffentlichen Leben zu suchen. Die Angriffe auf das allgemeine Wahlrecht lassen besonders in ihrer Begründung ganz dieselbe Grundlage erkennen. Es ist doch ungemein charakteristisch, daß erst dieser Tage die „Rheinische Volksstimme“, das bekannte Centrumsblatt, die Abschaffung des allgemeinen Wahlrechts mit der Bemerkung forderte, man könne doch nicht Halbbildeten denselben Einfluß auf die Gesetzgebung zugestehen, wie einem Fabrikanten. Ähnliche Begründungen werden von den meisten Gegnern des allgemeinen Wahlrechts vorgebracht. Sie wären ganz unmöglich, wenn der vorhandenen juristischen Gleichheit der Staatsbürger auch ein entsprechendes Empfinden zur Seite stände. Der Gedanke, daß der Arbeiter ein gleichberechtigter Mensch, mit gleichen Bedürfnissen, gleichen Gefühlen wie ein Angehöriger anderer Gesellschaftsklassen, ist den herrschenden Klassen überhaupt noch nicht gelommen; sie sehen der Arbeiterklasse noch immer ungefähr so gegenüber, wie gewisse weiße Bevölkerungsschichten in den Vereinigten Staaten den Negern gegenüberstehen.

Das Gewerbegericht Berlin.

Unter diesem Titel ist soeben — herausgegeben von den Gewerberichtern Dr. Schalhorn und v. Schulz — im Verlage von Siemsenroth in Berlin eine Sammlung von Urteilen aus dem Gebiete des Arbeitsvertrages sowie der gewerbegerichtlichen Praxis, von Entscheidungen, einigungsamtlichen Verhandlungen, Gutachten und Anträgen des Berliner Gewerbegerichts erschienen, die freudig zu begrüßen ist. Die Herausgeber sagen im Vorwort, daß der Wunsch nach einer Sammlung der grundsätzlichen Entscheidungen des Gerichts aus den Kreisen der Meister schon oft ausgesprochen worden ist und daß sie sich dann aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Berliner Gerichts entschlossen haben, der Anregung zu folgen. Die Veranstaltung dieser Sammlung ist eine gute Jubiläumsfeier, und es ist besonders zu begrüßen, daß sich die Herausgeber nicht auf eine Zusammenstellung von Entscheidungen beschränkt, sondern durch Hinzufügung einer beträchtlichen Reihe von Aufsätzen über einschlägige Rechtsfragen das Buch noch wertvoller gestaltet haben. Das reicherhaltene Buch enthält auch persönliche wie sachliche Gründe. Die persönlichen Gründe sind darin zu suchen, daß für den Laienbesitzer der schillernde und beweisende Aufsatz erst Leben in die knappe Entscheidung bringt und ihm die richtige Anwendung der Grundsätze erleichtert. Die sachlichen liegen in dem Umfange, daß die einschlägigen Rechtsgebiete, sowohl des Arbeitsvertrages wie der formalen Rechtspraxis vielfach noch ungeklärt sind. Die Gewerbegerichte haben sehr erheblich an der Ausgestaltung des Arbeitsvertrages durch Schaffung fester Rechtsgrundlagen mitgewirkt, wodurch die Bedeutung ihrer Entscheidungen noch erhöht wird, andererseits die Richtigkeit ausführlicherer Betrachtung derselben für die Beteiligten nahegelegt wird.

Die Gewerbegerichte kann man unstreitig als die erfreulichste Erscheinung auf dem Gebiete der deutschen Sozialreform bezeichnen. Die Beschleunigung der Rechtsprechung, die Einführung des Laienelements in die Rechtsprechung, vor allem aber die Wahl der Richter durch die an der Rechtsprechung interessierten Kreise sichern den Gewerbegerichten den Anspruch, die gegenwärtig fortschrittlichste sozialpolitische Einrichtung in Deutschland zu sein. Und sie erfreuen sich gerade deswegen allgemeinsten Vertrauens; höchstens einige kurzfristige egoistische Unternehmer können sich noch nicht mit ihnen befreunden. In dem Buche der Herren Schalhorn und v. Schulz ist dieser Einrichtung gewissermaßen ein Denkmal errichtet.

Es enthält einen kurzen einleitenden Bericht über die zehn-jährige Tätigkeit des Berliner Gewerbegerichts, 22 Aufsätze unter den Abteilungen Gewerbegerichts-Gesetz, Gewerbe-Ordnung und Bürgerliches Recht, sodann über 200 Entscheidungen des Gewerbegerichts, zum Teil auch des Berufungsgerichts. Ueber die Tätigkeit des Einigungsamtes unterrichtet ein einleitender Bericht mit ausführlichen Tabellen über die verhandelten Streitigkeiten, sowie die ausführliche Schilderung einiger Verhandlungen des Einigungsamtes und daran schließt sich ein Bericht über die Gutachter-Tätigkeit des Gewerbegerichts. Ein Sachregister erleichtert die Orientierung. Den Interessenten dürfte das Buch ein willkommenes Hilfsmittel sein.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Reinstunden-Bewegung der Kürschner in der Hausindustrie. Eine öffentliche Kürschnerversammlung, die namentlich auch von Arbeiterinnen sehr zahlreich besucht war, tagte am Mittwoch im Alten Schützenhause. Wie der Referent Menge ausführte, sind die Erfolge der Bewegung in der Hausindustrie in Anbetracht der großen Schwierigkeiten, die hier zu überwinden sind, im allgemeinen befriedigend, wenn auch noch sehr viel Arbeit und Agitation erforderlich sein wird, um in allen Betrieben den Reinstudentag durchzuführen. Es giebt allerdings noch eine große Anzahl Werkstätten, wo noch 10 bis 10 1/2 Stunden gearbeitet wird und in manchen Fällen fällt es schwer, die Arbeiter und Arbeiterinnen dahin zu bringen, daß sie sich der Bewegung anschließen. Die Organisation wird jedoch unermüdlich tätig sein, bis das Ziel erreicht ist. Die Hausindustriellen, die sogenannten „Selbständigen“, die, wenn sie selbst durch ihre Organisation dem Unternehmertum geschlossen gegenüberstehen würden, auch für sich Vorteile erzielen könnten, haben bis jetzt zu einem großen Teil sehr wenig Verständnis für die Bewegung gezeigt. Ueber den Stand der Bewegung wurde berichtet, daß die Forderungen bis jetzt von 107 Innungsmeistern, 18 Fabrikanten und 143 Selbständigen bewilligt sind. Es sind danach noch ca. 150 Selbständige übrig, die noch bewilligen sollen. — Im weiteren Verlauf der Versammlung nahmen auch zwei Selbständige das Wort. Sie betonten besonders, daß sie nicht bewilligen könnten, so lange sie selbst von den Fabrikanten nicht höhere Preise erhielten. Von mehreren Diskussionsrednern wurde noch hervorgehoben, daß eigentlich die sogenannten Selbständigen, die zum Teil hauptsächlich Proletarier sind, mit den Gehilfen gemeinsam für bessere Verhältnisse in der ganzen Branche kämpfen müßten. Die Versammlung nahm nach langer Debatte einstimmig folgende Resolution an:

„In Erwägung, daß die strikte Durchführung des Reinstudentages in der Hausindustrie sich sehr schwierig gestalten mußte, können wir mit dem bisherigen Erfolg doch zufrieden sein. Nichtsdestoweniger spricht die Versammlung über diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich bis jetzt trotz wiederholter Aufforderung der Bewegung nicht angeschlossen haben, ihr tiefstes Bedauern aus. Die Versammlung appelliert heute nochmals an alle diejenigen, die sich bis jetzt neutral verhalten haben, endlich sich ihres Kollektivistischen Solidaritätsgefühls bewußt zu werden und am Sonnabend, den 29. August die Arbeit niederzulegen.“

Unter den Schaffnern, Kutschern, Stallknechten der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft herrscht, wie uns von gewerkschaftlicher Seite geschrieben wird, zur Zeit eine große Unzufriedenheit, die hauptsächlich dadurch hervorgerufen ist, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die seit Jahren schon recht viel zu wünschen übrig ließen, in neuerer Zeit noch verschlechtert worden sind. Vielen Kutschern, welche einen Lohn von 3,50 M. täglich bezogen, ist derselbe um 30—50 Pf. gekürzt, und den Schaffnern, welche früher für das Fahren der Wagen eine kleine Extrazuschußung bezogen, ist diese ebenfalls entzogen worden. Der Lohn, welchen die Angestellten bei dieser Gesellschaft erhalten, beträgt bei einer Arbeitszeit von 16 bis 17 Stunden täglich

ohne jedwede Pause 2,50—3,20 M. Dazu kommt noch, daß die Behandlung seitens der Direktoren und sonstigen Vorgesetzten eine ganz rigorose ist. Alle Leute, welche 15 bis 20 Jahre im Dienste der Gesellschaft standen, wurden wegen geringer Vergehen rüchlos entlassen. Es haben in den letzten Wochen verschiedene Nachtversammlungen stattgefunden, welche sich eines guten Besuches zu erfreuen hatten und in denen der größte Teil der Anwesenden ihre Aufnahme in den Verband bewirkt haben. An der weiteren Entwicklung der Dinge wird es liegen, ob vielleicht noch in diesem Jahre durch eine Lohnbewegung der Omnibusbediensteten menschenwürdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft eingeführt werden.

Deutsches Reich.

Die Hamburger Straßenbahn-Angestellten haben durch ihre Organisation der Direktion nachstehende Forderungen unterbreitet: Für Führer, Schaffner, Turm- und Blodwagenführer einen festen Wochenlohn von 33 M. pro Woche, oder ein Anfangsgehalt von 120 M. pro Monat, steigend von Jahr zu Jahr um 10 M. bis zum Höchstgehalt von 150 M. Für alle Reineinstellenden (Wagenwärter, Weichenreiniger und Weichensteller zc.) einen festen Wochenlohn von 24 M. pro Woche oder ein Monatsgehalt von 100 M. — Verabreichung der Lebensmittel. Neun Stunden tägliche Dienstzeit für Führer, zehn Stunden für Schaffner, Kutscher und Arbeiter. Jeder siebente Tag muß ein freier Tag sein. — Eine Reihe anderer Forderungen bezieht sich auf die Regelung des Dienstes, Pausen, Straf-gelder, Behandlung durch die Vorgesetzten zc. — Das sind die gewöhnlich nicht unbefriedigenden, durchaus begründeten Forderungen der Angestellten. Die Direktion antwortete darauf sehr prohenhaft — wie wir schon gestern mitteilten — daß sie es ablehnt, mit der Kommission zu unterhandeln und ging, wie bekannt, mit Maßregelungen gegen die Angestellten vor. Die bürgerliche Wälder melden, sollen etwa 60 Maßregelungen erfolgt sein.

Der Textilarbeiterstreik in Grimmitzschau hat das gewerbliche Treiben der ganzen Stadt zum großen Teil lahmgelegt, was nicht wunder nehmen kann, da von den 24 000 Einwohnern der Stadt 8000—9000 im Streik stehen. Die Ausständigen führen ihren Kampf mit Energie und Begeisterung, aber mit großer Besonnenheit und Ruhe durch. Wie das regelmäßig und überall zu geschehen pflegt, so werden auch in Grimmitzschau die Streikposten von den Polizeibeamten arg bedrängt. Ja, die Behörde hat es sogar für notwendig gehalten, ein Aufgebot von Gendarmen nach Grimmitzschau zu senden, obgleich die Ausständigen durch ihr Verhalten nicht die geringste Veranlassung zur Verstärkung der bewaffneten Macht gegeben haben. Der Stadtrat von Grimmitzschau hat bei dieser Gelegenheit eine Maßnahme ausgesprochen, die durchaus nicht von Wohlwollen für die Arbeiter zeugt. Unmittelbar vor dem Ausbruch des Streiks hat die Stadtverwaltung noch schämigst einen Teil des Arbeitslohnes für fällige Steuern beschlagnahmt. Wenn dadurch auch die Lage eines Teiles der Streikenden etwas unangenehm geworden ist, so hat ihr Kampfesmut dadurch keineswegs gelitten.

Ausland.

Im Maurerstreik in Genf ist die Vermittlung des dortigen italienischen Generalkonsuls Vosso ergebnislos geblieben, ebenso eine neuerliche Konferenz der Bauhandwerksmeister, Bauunternehmer und Streikenden. Die letzteren halten an dem famosen „Normallohn“ fest, die Arbeiter an dem Minimallohn. So geht der Kampf weiter. Die großen Bauunternehmer sollen die ganze Bewegung gerne sehen, weil sie zur Ausschaltung der kleinen, meist italienischen Unternehmer und Schmuckkonkurrenten führen wird.

Der Zimmererstreik in Bern ist ohne die angestrebte Tarifgemeinschaft beendet worden. Dagegen haben die einzelnen Meister Lohnhöhungen zugestanden. Der Streik dauerte neun Wochen.

Maßregelung organisierter Hafenarbeiter. Aus Kopen-hagen wird gemeldet: Der Direktor von „del forende Dampskibsselskab“ hat, wie der Hafenarbeiter-Verband mitteilt, den Hafenarbeitern der Gesellschaft einen ähnlichen, das Verbot der Mitgliedschaft des Hafenarbeiter-Verbandes enthaltenden Kontrakt vorgelegt, wie ihn die Arbeiter seiner Zeit nach mißglücktem Ausstande unterschreiben mußten. Der Vorstand hierfür ist der, daß der Direktor erfahren hatte, die Arbeiter beabsichtigten wieder in den Hafenarbeiter-Verband einzutreten, da die Gesellschaft ihrer Meinung nach den Kontrakt nicht gehalten habe. Die neuen Kontrakte wurden auf zwei Dampfern den Arbeitern vorgelegt, welche die Unterschrift verweigerten. Die Arbeit wird jedoch mit 40 Mann fortgesetzt. Die Gesellschaft lieh im Hafen anwesende, bei den Schiffen nicht beschäftigte Arbeiter durch Polizei vom Plage weisen.

Aus der Frauenbewegung.

Die sozialdemokratischen Frauen-Wahlvereine haben nach der Wahl ihre Tätigkeit eingestellt, auch der für Teltovo-Bezirks-Richt eingestellte hat jedoch in diesem Wahlkreise die Behörde, insbesondere die von Tempelhof ihre Tätigkeit gegen den Verein resp. die in ihm ehemals leitend tätigen Genossinnen. So erhielt jetzt wieder die Genossin Thiel aus Tempelhof einen Strafbefehl über 45 Mark oder neun Tage Haft wegen der Verhöhnung, am 23. April in Mariendorf durch drei selbständige Handlungen: a) als Unternehmerrin eine Versammlung, in welcher öffentliche Angelegenheiten — die Gründung eines sozialdemokratischen Wahlvereins beraten werden sollten, einberufen zu haben, b) in dieser von ihr geleiteten Versammlung als Rednerin aufgetreten, c) in dieser jedermann zugänglichen Versammlung eine öffentliche Kollekte, die einer obrigkeitlichen Genehmigung bedarf, bevor diese Genehmigung erteilt ist, veranstaltet zu haben.

Diese Schandthaten sind, wie man sieht, recht lange ungerochen geblieben. Liegt das daran, daß die Behörde die lange Zeit vom 23. April bis jetzt zur Information benutzen mußte? Man sagt: Was lange währt, wird gut! In diesem Fall ist das jedenfalls nicht so; die Erhebungen der Behörde haben zu einem völlig falschen Resultat geführt. Die sogenannte „Versammlung“ zur Gründung eines sozialdemokratischen Wahlvereins fand nämlich zu einer Zeit statt, als die Gründung des Vereins nicht nur schon stattgefunden hatte, sondern auch der Polizeibehörde unter Innehaltung aller vorgeschriebenen Formalitäten angezeigt war. Die „Versammlung“ war ein sogenannter Zahlabend des Wahlvereins, in dem Beiträge entgegengenommen, aber keine Versammlungsreden gehalten wurden; auch Genossin Thiel trat nicht als „Rednerin“ auf. Schließlich wurde in der „Versammlung“ keine genehmigungspflichtige Kollekte vorgenommen, sondern es wurden Mitgliedsbeiträge entgegengenommen und Votums für ein Vergnügen abgegeben. Die Behörde ist also sowohl in Punkte a wie auch b und c im Irrtum und dürfte der von Genossin Thiel entgegengesetzten Verfügung gegenüber mit ihrem Abo nicht weit kommen! Das Urteil wird mit der üblichen Floskel enden: Die Kosten werden der Staatskasse aufgelegt! — Die hat's ja auch dazu!

Versammlungen.

Mit dem Parteitage beschäftigte sich am 25. d. Mts. eine Versammlung des Wahlvereins für Panlow-Nieder-Schön-hausen. Aubig gab einen Ueberblick über die vorgeschlagene Tagesordnung, in der er die Besprechung über die letzte Reichstagswahl vernichtete, und beabsichtigte sich dann mit der Frage der Besetzung des Vicepräsidentenpostens im Reichstage. Er wendete sich scharf gegen die sogenannte revisionistische Strömung in der Partei und begründete den Protest gegen die Besetzung der ersten Vicepräsidenten-Stelle im Reichstage durch einen Parteigenossen, sofern damit häßliche Pflichten verbunden werden sollten. Seine weiteren Ausführungen richteten sich gegen die Mitarbeit von Parteigenossen für die bürgerliche Presse; die Agitation für die Parteipresse gestalte sich immer schwieriger, da

man nur zu oft dem Einwand begegne, daß in der billigeren parteilosen Presse, in der „Morgenpost“ usw. Artikel von Parteigenossen, sogar von unfreien Abgeordneten, ständen. In längeren Ausführungen wies Genosse Freiwald auf darauf hin, daß schon der Gedanke an das Sozialistengesetz, das in diesen Tagen 25 Jahre trauriger Bekanntheit vollende, davon abhalten müsse, vor der Regierung Kollau zu machen. Er hofft, daß der Parteitag ein ernstes Wort finden werde gegen die Leute, die der Partei eine neue Taktik, eine neue Richtung beschreiben wollen und erinnert an die ähnliche Bewegung der „Jungen“. Dr. Laufenberg sieht in den Fragen nur Erscheinungen. Man will die Klassenkampfstatistik aufgeben. Die sozialistischen Ideen würden nicht verwirklicht durch die bloße Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse, wie sie z. B. durch das Genossenschaftswesen angestrebt werde. Wir wollen nicht eine bürgerliche Reformpartei werden. Dem Genossen Bernstein habe bei der Präsidentenfrage ein Beispiel in der französischen Revolution vorgeschrieben, das er für unpassend halte, da seiner Zeit die Revolution vorausgegangen war. Bei Besetzung der Präsidentenstelle müssen wir die Bedingungen stellen können, und das ist erst zweckmäßig, wenn wir die Majorität der Wähler haben. Wir müssen uns gegen die Tendenzen von Bernstein und Genossen wenden, und es ist die Pflicht der Arbeiter-schaft, diesen Herren auf dem Parteitag auf die Finger zu klopfen. Durch einen Hinweis Freiwalds auf die Mitarbeiter-schaft des Genossen Göhre an bürgerlichen Zeitungen, bei dem Freiwald die Stellung des Genossen Göhre zum Christentum kritisiert, werden weiterhin Religionsfragen erörtert. An der Diskussion beteiligten sich noch die Genossen Döse, Fenzler, Schinemann, Strzelewicz und Wolf, die durchweg auf dem Standpunkt stehen, daß unter den obwaltenden Umständen der Präsidenten-stich im Reichstag von einem Genossen nicht eingenommen werden kann. Folgende von Dr. Laufenberg vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige Versammlung spricht ihre Mißbilligung über die Art und Weise aus, in der Genosse Bernstein die Präsidentenfrage öffentlich zur Sprache gebracht hat. Sie spricht sich in Gemäßheit der republikanischen Traditionen der Partei gegen eine Beteiligung am Reichstags-Präsidentenwahl, so lange daran seitens der bürgerlichen Parteien besondere Bedingungen geknüpft werden, die außerhalb der Geschäftsordnung liegen.“

Zur Kreis-konferenz werden einstimmig die Genossen Fenzler, Hille, Kieble und Witte delegiert. Im Laufe der Versammlung wurde die Mitteilung gemacht, daß Genosse Anton-Kieder-Schönhäuser verstorben sei. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise.

Anträge zum Parteitage wurden auch in einer Versammlung des Schmärgendorfer Wahlvereins diskutiert. Zunächst delegierte man die Genossen Guttier und Wille zur Kreis-Generalversammlung. Der Generalversammlung soll der Antrag unterbreitet werden, den Centralvorstand zu beauftragen, das Agitationsmaterial für die Landtagswahlen, wie Handbuch zc., den Vereinen umgehend zur Verfügung zu stellen sowie die Wahlagitations-Vorarbeiten zeitig als beabsichtigt ist, einzuleiten. Bei dem angeetzten Termin würde, wenn die Regierung annähernd die 1898 angeordneten Fristen für die Wahlen innehält, die Wahl 8 bis 14 Tage früher ausgeschrieben werden, als unsere ersten Beratungen stattfinden sollen. 1898 sind die Wahlen bereits am 16. September ausgeschrieben worden. — Des weiteren beschloß die Versammlung für den Parteitag einstimmig folgenden Antrag: „Die „Neue Welt“ und die Unterhaltungsbeilage des „Vorwärts“ sind mit in den Dienst der theoretischen Aus-bildung der Massen zu stellen. In den genannten Blättern sind außer neuen Aufsätzen nationalökonomischen Inhalts auch ältere Parteiliteratur, die dauernden Wert haben, abzubilden.“ Wille fügt begründend aus: Das schnelle Wachstum der Partei erfordert besondere Maßnahmen um theoretisches Wissen und Verständnis unter den neugewonnenen Parteimitgliedern zu fördern. Die „Neue Welt“, die von mehr als einer halben Million Arbeitern gelesen werde, sei hierzu besonders geeignet. Auch nichtmittelten Genossen werde dadurch ermöglicht, die Parteiliteratur gründlich kennen zu lernen. Durch Abdruck älterer Parteiliteratur werde der alte feurige und radikale Charakter unserer Bewegung erhalten. Weder die Abrechnung von der Reichstagswahl. Die Einnahmen betragen 102,80 M., dabei 80,95 M. auf Listen gesammelt. Herausgabe wurden für Agitation 79,80 M. Persönliche Entschädigungen für Wahlarbeiten wurden nicht beantragt. 23,10 M. sind der Central-kasse übermiesen. Der Kassierer wurde entlastet. Der Vortrag über die Landtagswahl-Teilnahme wurde bis zu der Versammlung am 8. September vertagt. Am 15. September soll eine öffentliche Wähler-versammlung stattfinden.

Der Verein deutscher Schuhmacher (Zahlstelle Berlin) hielt am Montag in den „Industrie-Festhallen“ eine außerordentliche General-versammlung ab. Herrmann behandelte in seinem Referat ausführlich den verflochtenen Lohnkampf der Schuhmacher sowie die aus demselben zu ziehenden Lehren. Der ergebnislose Verlauf des Streiks habe bei allen einsichtigen Kollegen die Ueberzeugung wach-gerufen, daß die Bedeutung dieses Lohnkampfes von vornherein zu leicht genommen und viel zu sehr unterschätzt sei, was auch aus der Ueberpannung einzelner Forderungen hervorgehe. Infolge dessen habe sich die Situation jetzt auch bedeutend besser geklärt. Die neue Vereinigung der Maßgeschäfte bringe es nunmehr den Kollegen deutlich zum Bewußtsein, daß man mit den größeren Geschäften nach und nach zu einem Einheitsstark kommen müsse, und daß die zukünftigen Kämpfe nicht mehr gegen den Einzelunternehmer, sondern von Organisation gegen Degeneration zu führen sind. Die beim Abschluß des Streiks von den Unter-nehmern gemachten Zugeständnisse seien allerdings nur sehr frag-würdiger Natur, dennoch eröffnen sie die Aussicht auf Abschluß eines Tarifvertrages von längerer Dauer. An den Kollegen selbst, wie auch an der Einsicht der Arbeitgeber liege es nun, bei den im Oktober beginnenden diesbezüglichen Verhandlungen den Arbeitslohn mit der verlangten Arbeitsleistung einigermassen in Einklang zu bringen. Würde den berechtigten Wünschen der Arbeiter nicht in der zu erwartenden Weise Rechnung getragen, so dürfte es eine Zeit längerer Ruhe in diesem Verufe laun geben. Daher sei es auch eine unabweisbare Pflicht der Kollegen, die Organi-sation zu stärken und auch die Lokalkasse leistungsfähiger wie bisher zu machen. — Im Anschluß hieran gab Redner die Streifschreibung. Sie balanziert in Einnahme und Ausgabe in der Summe von 21 441,95 M. An Nichtunterstützungsberechtigte wurden 1662 M. ausgezahlt. In der Diskussion stimmten alle Redner den Aus-führungen des Referenten bei. Diefem selbst als Führer der Streif-kasse wurde einstimmig Decharge erteilt. Zum Schluß erfolgte die Wahl von sieben Kollegen in die neue Tarifkommission.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

London, 27. August. (B. L. Z.) Die die Wälder aus Washington melden, denachrichtigte der amerikanische Gesandte in Konstantinopel Reiffman das Staatsdepartement, daß der ameri-kanische Vizekonsul in Beirut ermordet wurde.

Washington, 27. August. (B. L. Z.) Der amerikanische Gesandte in Konstantinopel teilte weiter mit, daß die Ermordung des ameri-kanischen Vizekonsuls in Beirut am Sonntag stattgefunden hat und daß die Vereinigten Staaten strenge Bestrafung der Schuldigen ver-langen würden. — Wenn die Türkei keine Genehmigung giebt, so wird das in den europäischen Gewässern befindliche amerikanische Geschwader nach Beirut gehen.

Sables d'Orne, 27. August. (B. L. Z.) Die Redemptoristen haben das Kloster verlassen und sich in die Kirche begeben. Auf dem Wege dorthin kam es zu Kundgebungen. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Wahlkreis. Versammlung für das Hansa-Viertel am Freitag, den 28. August, abends 8 1/2 Uhr, in den „Spreerkallen“, Kirchstraße 27. Vortrag des Genossen Kagenstein über die Wohnungsfrage.

Waidmannslust. Nächsten Monat findet eine Erntewahl zur Gemeindevertretung statt. Die Wählerlisten liegen im Gemeindebureau in Lillbars aus bis zum 30. August. Da wir beabsichtigen, uns an der Wahl zu beteiligen, ist es Pflicht der Genossen in Waidmannslust und Lillbars, die Wählerlisten einzusehen. Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen.

Lokales.

Der Nordpark.

Der Magistrat hat die Pläne der städtischen Parkdeputation zur Anlage eines „Nordparks“ auf den Reihbergen östlich der Müllerstraße, westlich von Reinickendorf und den Begräbnisplätzen der Golphath, Gnaden- und St. Johannes-Evangelist-Kirchengemeinden, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, genehmigt und wird dieser eine ausführliche Vorlage zugehen lassen. Der Park soll rund 25 Hektar groß werden, also bedeutend kleiner als ursprünglich geplant worden war. Den ursprünglichen Plan haben die Grundbesitzer durch ihre hohen Forderungen vereitelt. Immerhin wird dieser Park bedeutend größer werden als der „Victoria-Park“. Zum Vergleich sei bemerkt, daß der Friedrichshain 52 Hektar, der Humboldtshain etwa 36 Hektar und der Victoria-Park 11 Hektar umfaßt. Die Stadtgemeinde besitzt von dem in Aussicht genommenen Gelände etwa ein Drittel, 83 601 Quadratmeter, so daß noch 176 286 Quadratmeter erworben werden müssen. Die Verhandlungen mit den 9 Besitzern sind schon abgeschlossen, sie sollen rund 1 685 000 M., d. h. 10 M. und 9/10 M. pro Quadratmeter bekommen. Durch Tausch mit städtischem Besitz sollen noch 19 201 Quadratmeter erworben werden. Falls man das städtische, zum alten Grundbesitz der Stadtgemeinde gehörige, sowie das durch Tausch zu erwerbende Grundstück ebenfalls mit 9/10 M. pro Quadratmeter bewertet, dann stellt sich der Preis des zum Park erforderlichen Grund und Bodens auf rund 2 882 000 Mark. Ueber die Kosten der gärtnerischen Anlagen liegen noch keine Anschläge vor. Die Pläne sollen später der Stadtverordneten-Versammlung zugehen. Die Gesamtkosten sollen aus den Mitteln der städtischen Anleihe, die der Staatsregierung vorliegt und deren Genehmigung nicht mehr zweifelhaft ist, bestritten werden. Mit der Anlage des Parks auf den Reihbergen werden die fahlen, sandigen Höhenzüge, die sich bei jedem Sturm in Bewegung setzen und die Umgebung mit Sand überschütten, verschwinden. Ein Teil des an der Seestraße liegenden Friedhofes wird in den Park einbezogen und daher müssen die darauf befindlichen Begräbnisplätze geschlossen werden. Auch die fiskalische Kadeederei und die dortigen Müllabladepätze gehen ein, wodurch den vielen Klagen der Anwohner ein Ende bereitet wird. Das bekannte in der Müllerstraße befindliche Paul Gerhardt-Stift wird von Osten aus gesehen mitten vor dem Park liegen. Von der Seestraße aus wird der Nordpark einen südöstlichen Zugang und von der Varisus-, Feuer- und Schöningstraße sowie von den Straßen 33 und 33 südwestliche Zugänge erhalten. Zwei Straßen werden den Park von Südosten nach Nordwesten durchschneiden und vier Straßen, darunter die Seestraße im Südosten und die Straße 83a den Park im Nordwesten begrenzen. In unmittelbarer Nähe des Parks liegt das Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinder-Krankenhaus der Stadt Berlin.

Ueber die „Berliner Handelsakademie“ von Reil, die im Hause Kommandantenstr. 89 Unterricht in Französisch, Englisch, Buchführung, Handelskorrespondenz usw. erteilt, sind uns von verschiedenen Seiten Beschwerden zugegangen. Die Beschwerdeführer berichten, bei dem Institut in mehrfacher Hinsicht nicht das gefunden zu haben, was sie erwartet hatten. Teils wird bemängelt, daß Zeitungsnachrichten, durch die das Institut seine Unterrichtskurse zur Kenntnis der Interessenten bringen wollte, von „kostenfreiem“ Unterricht sprachen, aber nicht hinzusetzten, daß für Lehrmittel eine Vergütung gezahlt werden muß; zum Teil wird es als zu teuer empfunden, daß z. B. im französischen Unterricht für Lehrmittel, die 60 Druckseiten umfassen, 7,50 M. erhoben werden. Außerdem wird geklagt, daß in der ersten Stunde eines französischen Kurses der Lehrer ausblieb, und daß die Teilnehmer, als sie sich ein zweites Mal einfinden, wieder unverrichteter Sache abziehen mußten, weil die Direktion für den Unterricht einen andern Tag festgelegt hatte.

Auch der „Vorwärts“ hat die Notizen der Reil'schen „Berliner Handelsakademie“ aufgenommen. Wir haben dabei geglaubt, es werde manchem unserer Leser erwünscht sein, möglichst von allen vorhandenen Fortbildungs-Gelegenheiten Kenntnis zu erhalten. Daß im Sprachunterricht in der Regel noch besondere Lehrmittel benutzt werden, hätte auch ohne ausdrücklichen Hinweis sich jeder Interessent allein sagen sollen, und daß für Lehrmittel eine Vergütung zu zahlen ist, versteht sich bei einer privaten Anstalt gleichfalls von selbst. Auch gegen die Höhe dieser Vergütung ist nichts einzuwenden, wenn man berücksichtigt, daß für 7,50 M. nicht bloß die 60 Druckseiten, sondern außerdem ein Unterrichtskursus von 16 Stunden geleistet wird, so daß die Stunde noch nicht 50 Pf. kostet. Uebrigens steht die Direktion des Instituts, trotz ihrer Notizen vom „kostenfreien“ Unterricht, selber auf dem Standpunkt, daß hier, wie sie uns jetzt mündlich erklärt hat, „der Unterricht mit einbezogen“ sei; und das ist unsres Erachtens auch ganz in der Ordnung.

Nach Eingang der Beschwerden haben wir uns mit der Direktion der Handelsakademie Reil in Verbindung gesetzt und dieser erklärt, daß wir es jetzt um unser Leser willen bedauern, daß das Institut die für den „Vorwärts“ bestimmten Notizen nicht klarer gehalten und die trotz „kostenfreier“ des Unterrichts erwachsenden Kosten nicht angegeben hat. Es liegt uns daran, zu verhindern, daß bildungsseifrige und dabei unbemittelte Personen zu einer anfänglich nicht erwarteten Ausgabe veranlaßt werden, die sie nach Empfang des Prospektes in der ersten Ueberraschung zu leisten bereit sind und dann auch leisten, aber hinterher bereuen. Wir haben hinzugesetzt, daß wir Notizen des Instituts Reil, in denen die aus Teilnahme an Unterricht entstehenden Kosten nicht angegeben sind, nicht mehr aufnehmen würden, weil wir unter solchen Umständen das Institut unsern Lesern nicht mehr empfehlen möchten. Es ist uns darauf erwidert worden, man werde fortan den „Vorwärts“ überhaupt nicht mehr in Anspruch nehmen. Hiermit sind wir durchaus einverstanden.

Ueber den Streit um den Unterrichtstermin, der zwischen der Direktion und Teilnehmern eines französischen Kurses schwebt, können wir nicht urteilen; wir wollen daher lediglich berichten. Die Direktion hatte denselben Montag angeordneten Unterricht nach dem Ausbleiben des Lehrers auf einen andern Tag verlegt.

In dem Kreise der Teilnehmer wurde angenommen, es sei in gemeinsamer Beratung der Mittwoch bestimmt worden, und man fand sich daher am Mittwochabend gegen acht Uhr ein. Von Seiten der Direktion dagegen wurde den Erschienenen erklärt, man habe am Montag den Donnerstag „fest verabredet“. Sie bestritten das, aber am andern Morgen besamen sie eine hellschattierte Postkarte, die am Mittwochabend zwischen 8-9 Uhr abgestempelt war und sie für Donnerstagabend um 9 Uhr einlud. Die Aufschrift schloß: — und hoffen, daß Ihnen Tag und Stunde angenehm ist.“ Teilnehmer, denen dieser Tag und diese Stunde nicht genehm ist, werden nun von der Handelsakademie Reil durch gerichtliche Klage die Leistung des Unterrichts für Mittwochabend 8 Uhr fordern.

Ueber den Aufenthalt des Mörders Prinz Prosper zu Arenberg in der Strafanstalt zu Tegel weiß eine hiesige Korrespondenz, der wir die Gewähr für diese Meldung überlassen müssen, das Folgende zu berichten:

Prinz Prosper von Arenberg scheint sich mit dem Umzug nach der Strafanstalt Tegel nicht sonderlich verschlochten zu haben. Erst wenige Tage vor der Ankunft war dem Direktor Klein mitgeteilt worden, daß am 25. August der Strafgefangene Prinz Arenberg aus Hannover eintreffe. Die Direktion hatte für eine gute Zelle Sorge zu tragen, auch sollte über den Namen des prinzipalen Gefangenen nicht das mindeste laut werden. Der Besuch der Zelle, die zur Zeit gestrichen und renoviert wird, ist den Wärtern und Oberwärtlern verboten worden, nur die Inspektoren und höheren Beamten werden später hier Zutritt haben. Der Prinz wird nur nach der Nummer seiner Zelle benannt werden. Am Dienstag morgen wurde Prinz Arenberg vom Bahnhof Tegel angeblich mit der Equipage des Direktors Klein (?) abgeholt, um alsbald in der Lazarettabteilung stationiert zu werden. Da erstens der prinzipale Gefangene von der Reise zu abgespannt und zweitens seine Zelle noch nicht fertig war. Er erzählt, daß die Fahrt, auf der er von mehreren Beamten begleitet war, ganz famos gewesen wäre. Auf die Frage, weshalb er von Hannover mitgebracht worden sei, erwiderte er, daß absolut nichts vorgefallen sei. Er habe nur stets den Wärtern den Schnaps ausgegossen. Uebrigens priemt Prinz Arenberg, da man ihn nicht genügend rauchen lasse. Ueber die Kost im Lazarett hat der Gefangene schon Klage beim Anstaltsarzt geführt; auf den Hinweis, daß er sich selbst beschäftigen könne (das Essen wird aus dem Karlsruher Restaurant beschafft), ging der Prinz nicht ein. Die Verwandten scheinen ihn knapp zu halten. Daß der Prinz von den Wärtern und anderen Beamten teils mit Erlaucht, teils mit Durchlaucht angeredet wird, muß ihm über die schwere Strafe (wie er sie nennt) etwas hinwegtrösten. Gestern vormittag machte er bereits einen zweifelhaften Spaziergang, auf dem er vom Direktor Klein begleitet wurde.

Uns erscheint an diesen Mitteilungen einer Zeitungskorrespondenz manches ungläubig. So u. a. die Meldung, daß dem prinzipalen Mörder anheimgestellt worden sei, sich selbst zu bestrafen, da diese Vergeltung nur solchen Gefangenen zu teil werden soll, die nicht wegen gemeiner Verbrechen verurteilt sind. Dergleichen dünkt uns die Geschichte von der Equipage ungläubig und ebenso die Mitteilung, daß der Direktor der Anstalt den Verbrecher auf seinen Spaziergängen unterhalte. Auch die Titulatur „Erlaucht“ sollte man in preussischen Gefängnissen nicht für möglich halten, wo untere Beamte sich noch zum Teil die Anzelmlichkeit leisten, politische Gefangene nicht mit „Herr“ anzureden. Vielleicht erfolgt eine amtliche Auslassung über die Angelegenheit des prinzipalen Mörders. Wir sind die letzten, die gegen eine humane Behandlung der Gefangenen etwas einzuwenden haben; nur soll man einen Mörder nicht deshalb, weil er Prinz ist, vor andern auszeichnen.

Neue Berliner Straßennamen. Der Kaiser hat einer Reihe von neuen Straßen, Plätzen und Brücken in Berlin Namen beigelegt, und zwar der im Zuge der Verlebergerstraße über die Gasse der Berlin-Lehrter und Berlin-Hamburger Eisenbahn führenden Brücke den Namen „Verleberger Brücke“, der Straßenüberführung im Zuge der Beusselstraße den Namen „Beusselbrücke“, der von der Föhrestraße nach Putschstege führenden Brücke über den Spandauer Schiffschleusen den Namen „Putschbrücke“, der Straße 25a der Abteilung XI des Bebauungsplanes der Umgebungen Berlins den Namen „Guineastraße“, der Straße 1 der Abteilung XI des Bebauungsplanes den Namen „Vornholmerstraße“, der Straße 12 derselben Abteilung den Namen „Schäufelinerstraße“, der Straße 13 derselben Abteilung den Namen „Driefenerstraße“, der Straße 14 derselben Abteilung den Namen „Schönfischerstraße“, der Straße 15 derselben Abteilung den Namen „Seelowerstraße“, der Straße 16 derselben Abteilung den Namen „Sonnenburgerstraße“, der Straße 17 derselben Abteilung den Namen „Ahnloherstraße“, der Straße 23 derselben Abteilung den Namen „Gaudystraße“, der Straße 24 derselben Abteilung den Namen „Cantianstraße“, dem Plage H 1 derselben Abteilung den Namen „Animpfplatz“, der Straße 20a der Abteilung XII des Bebauungsplans den Namen „Anglerstraße“, dem Plage E derselben Abteilung den Namen „Gumnapfplatz“, den Straßen 8 und 3a der Abteilung XIII 1 des Bebauungsplans den Namen „Braunsbergerstraße“, der Straße 10 der Abteilung XIV des Bebauungsplans den Namen „Kopernikusstraße“, den Straßen 12 und 12a derselben Abteilung den Namen „Revalerstraße“, der Straße 14 derselben Abteilung den Namen „Simon-Dachstraße“, der Straße 40b derselben Abteilung den Namen „Perinstraße“ und endlich der Straße hinter dem Kommandanturgebäude den Namen „An der Kommandantur“.

Jahrplanänderung im Vorortverkehr. Bei den Vorortzügen der Strecke Berlin, Potsdamer Ringbahnhof - Posen treten, wie die Königl. Eisenbahn-Direktion Berlin bekannt macht, mit dem 10. September d. J. die folgenden Fahrplanänderungen ein: Der Zug 904 wird vom Potsdamer Ringbahnhof bereits um 6.28 früh und der Zug 924 um 2.28 nachmittags abgefahren werden. (Ankunft in Posen 7.28 vormittags bzw. in Rahlow 2.57 nachmittags); die Züge 903 und 939 verkehren ab Posen erst um 5.31 früh bzw. 10.31 abends (Ankunft in Berlin, Potsdamer Ringbahnhof 6.28 früh bzw. 11.27 abends).

Der Leutnant Graf Sandisin aus Berlin hat sich, wie das „M. Journal“ meldet, am Ufer der Außenalster in Hamburg eine Kugel in den Kopf geschossen und ist dann ins Wasser gestürzt. Seine Leiche wurde bei dem Vergnügungslokal „Alsterlust“ aus den Fluten gezogen. Unglückliche Liebe soll den Offizier in den Tod getrieben haben.

Im Zeichen des Verkehrs. Amlich wird bekannt gegeben: Aus Anlaß der am 30. August cr., mittags 12 Uhr, im Zeughaus stattfindenden Fahnenweihe sowie des Salutschießens im Lustgarten werden von 10 1/2 Uhr vormittags ab bis nach Beendigung der Feierlichkeiten — etwa gegen 2 Uhr — der Lustgarten, die Schloßfreiheit, die Kaiser-Wilhelm-Brücke und die Salohbrücke sowie die Plätze am Zeug- und Opernhause für Fuhrwerk, Reiter und Fußgänger nach Bedarf gesperrt.

Der Entwurf einer neuen Droßkennzeichnung für Berlin ist nunmehr den Fuhrwerkinteressenten vom Polizeipräsidenten zur Beurteilung übermittleit worden. Etwasige Abänderungs- oder Ergänzungs-vorschläge sind bis 1. Oktober d. J. einzureichen. Die neue Droßkennzeichnung enthält 80 Paragraphen und soll als Orts-Polizeiverordnung gleichlautend für die Städte Berlin, Schöneberg, Charlottenburg und Niddorf erlassen werden. Der Tarif weist nur geringe Änderungen auf. Die Beschränkung der weiteren Annahme des Droßkennzeichens bleibt der Polizei vorbehalten, jedoch mit der Einschränkung,

daß die Einstellung der Neuausgaben von Droßkennnummern nur für den ganzen Landespolizeibezirk Berlin erfolgen kann. Die Gesamtzahl der Berliner Droßken beläuft sich zur Zeit auf 8085, von denen 6497 mit Fahrpreisanzweiger versehen sind.

„Darmherzige“ Samariter. Uns wird berichtet: Am 20. August abends nach 6 Uhr erlitt der 17jährige Gärtlerlehrling W. Knuth auf seiner Arbeitsstelle in der Dramenburgerstraße einen Unfall, indem er ausglitt. Da er über heftige Schmerzen im rechten Bein klagte und auch nicht gehen konnte, brachten ihn seine Arbeitskollegen nach der Königl. Klinik in der Ziegelstraße. Hier wurde ihm auch zwischen 10 und 11 Uhr ein Verband angelegt, dann aber forderte ihn der Arzt auf, die Klinik wieder zu verlassen. Auf die Bemerkung des Verletzten, daß er doch nicht auftreten könne, meinte ein Wärter: „Ach was, solche Durschen kennen wir schon, man los, los“. Damit setzte man den jungen Mann auf einen Rollstuhl, fuhr ihn vor die Thür, befahl ihm dort aufzustehen, was ihm auch mit Mühe gelang, dann war die Thür zugehört und man stand der Verletzte allein in der Nacht, seinen Stiefel und Strumpf in der Hand haltend, von Schmerzen gepeinigt und unählig zu gehen. Später kam ihm allerdings Hilfe von einem älteren Herrn und einem Kriminalbeamten, die ihn in einen Strahnenwagen setzten und später unter Assistenz zweier Schutzleute nach der Wohnung seiner Eltern in der Wiesenstraße brachten. Am nächsten Tage kam der Verunglückte nach der Charité, wo die Verletzung sich als ein Bruch des rechten Wadenbeines erwies. — Wertwüßig, daß man eine derartige Verletzung nicht auch gleich bei der Anlegung des Verbandes in der Igl. Klinik erkannt hat!

Vorbereitungen zur Hochzeit. Ueber die Dächer ging der Einbrecher Johann Kottner aus Wahren, um sich für die bevorstehende Hochzeit seine ganze Einrichtung und Ausstattung von den Hausböden zu stehlen. Als gelernter Dachdecker brachte er das leicht fertig. Um auf seinen lustigen Wanderungen nicht aufzufallen, führte er stets auch sein Dachdecker-Handwerkzeug mit sich. Auf dem Dache des Hauses Lühowstraße 42/43 aber machte er sich doch verdächtig, als er ein Bodensterz öffnete und verschwand. Eine Frau, die das sah, machte ihren Mann darauf aufmerksam, und als diesem der Pförtner erklärte, daß keine Dachdeckerarbeiten vorgenommen würden, holte man die Polizei. Nun floh Kottner über einige Dächer hinweg, bis ein hoher Brandgiebel ihm Halt gebot. Er verjüchte zwar, auch diesen zu erklimmen, aber bevor er noch weit gekommen war, hatten die verfolgenden Beamten ihn schon gefaßt. Seine Braut, mit der er nach acht Tagen die Hochzeit feiern wollte, war gestern nicht wenig erschrocken, als sie ihn auf dem Polizeipräsidium als festgenommenen Einbrecher wieder sah. Sie hatte von seinem Treiben keine Ahnung gehabt. In der Wohnung, die der Verhaftete schon gemietet hatte, beschlagnahmte die Kriminalpolizei eine große Menge der verschiedensten Sachen, deren Eigentümer zum größten Teil noch unbekannt sind, u. a. auch einen zerrissenen Futterack mit der Bezeichnung General Lenz, Stad des Generalkommandos 8. Armee-corps, Lederetuis zum Einstecken von Karten, Adressen zc. mit der Firma Hermann Hampe, Parkgrafenstraße 60, und dergleichen mehr. Wie der Einbrecher zu diesen Dingen gekommen ist, weiß man noch nicht.

Der wegen Mordversuchs verhaftete Kellerer Fritz Scheffler hat die That mit Ueberlegung ausgeführt. Der von ihm durch fünf Kugelschüsse, aber nicht lebensgefährlich verwundete Rusler Lenius ist, wie bereits mitgeteilt, der Bruder der von Scheffler geschiedenen Ehefrau. Scheffler hatte gleich im Beginn der Ehe seine Frau wiederholt mißhandelt. Sie zog deshalb zu ihrem unverheirateten Bruder und leitete mit Erfolg die Scheidungssache gegen ihren Mann ein. Scheffler, dessen wiederholte Annäherungsversuche an die Frau abgewiesen wurden, schob die Schuld daran auf seinen Schwager Lenius. Eines Tages drang er in dessen Wohnung und nahm an ihm wie seiner ehemaligen Frau durch thätliche Beleidigungen Rache. Auf Anzeige seines Schwagers wurde er wegen Hausfriedensbruches und Beleidigung zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt, eine Strafe, die er dieser Tage antreten sollte. Zuvor wollte er seinen Nachbarn an Lenius kühlen, er lachte ihm auf und gab, wie bereits gemeldet, sechs Schüsse auf ihn ab. Davon trafen fünf, zwei die rechte Seite des Opfers, die drei übrigen dessen rechten Arm. Wie von anderer Seite berichtet wird, ist in dem Befunden des verwundeten Ruslers Lenius eine kleine Besserung eingetreten. Die Aerzte hoffen, den Verletzten am Leben erhalten zu können, doch wird der 30 Jahre alte Mann zeitweilig ein Krüppel und für seinen Beruf untauglich bleiben, da ihm eine Kugel das rechte Ellenbogengelenk zerschmetterte.

Große Fleischzufuhren aus Sibirien dürfen demnächst in Berlin erwartet werden. Es hat sich für den Fleischimport aus diesen durch die große sibirische Eisenbahn neu aufgeschlossenen Gegenden, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ meldet, ein Konsortium gebildet, das von hier geeignete Leute zum Einkauf entsendet. Es kommt für dieses Geschäft gepökeltes Rindfleisch in Stücken von 4 Kilogramm in Betracht, das in ganzen Wagenladungen von 10 000 Kilogramm hierher befördert wird und dann auf dem hiesigen Fleisch-Engrosmarkt in der Central-Markthalle 1a zum Verkauf gelangt. Zur besseren Vieh soll geschlachtet werden und zwar von Berliner Gefellen, die in einigen Tagen die weite Reise antreten. Die Ausgaben für Transport, Zoll und sonstige Spesen stellen sich auf 3500 M. pro Waggon von 10 000 Kilogramm. Mit der Einfuhr soll vorläufig bis zum Frühjahr fortgefahren werden.

Au der Unfallstelle bei Teltow, wofelbst der verhängnisvolle Zusammenstoß der beiden Personenzüge stattfand, ist die Brücke soweit fertiggestellt, daß das Geleise I wieder fahrbar gemacht werden konnte. Dafür ist jetzt aber das Geleise II gesperrt, und man hat deshalb eine neue Umfahrsweise angelegt, die sich unmittelbar vor dem Bahnhof Teltow befindet. Das die Strecke befahrende Zugpersonal ist angewiesen, unter allen Umständen vor dem Aufahren auf die Weiche die Züge auf der Station Teltow zum Stehen zu bringen. Da der Aufenthalt nur ganz kurze Zeit dauert, werden Fahrkarten zu denjenigen Zügen, welche fahrplanmäßig die Station durchfahren sollen, nicht verkauft.

Gesundetelei. Die sogenannten Sympathieuren haben wieder ein Opfer gefordert. Die Frau des Bahnarbeiters Kroll hatte sich in der vergangenen Woche eine Gesichtserose zugezogen, die heftige Schmerzen verursacht. Anstatt nun einen Arzt zu Rate zu ziehen, ging sie zu einer in der Schönhauser Allee wohnenden „Kugen Frau“, die ihrer Sympathieuren wegen im dortigen Stadtteil bekannt ist. Diese „Wunderfrau“ besprach die Rose unter allerschand Gebetsformeln und bestrich das Gesicht der Patientin, wie behauptet wird, mit einer äynder Flüssigkeit. Die Folgen dieser Wunderkur waren, daß das Gesicht der Frau Kroll vergrößerte und man die unglückliche schließlich nach der Charité schaffte. Hier ist sie gestern unter großen Qualen verstorben.

Auf dem Wege von der Schule überfahren und schwer verletzt wurde gestern mittag der zwölfjährige Sohn Max des Arbeiters Reusch, Kirchbachstr. 18. Der Knabe wurde an der Ecke der Wallstraße die Potsdamerstraße kreuzen und geriet infolge eigener Unvorsichtigkeit unter eine vorüberfahrende Taxameterdroßke, deren Räder über ihn hinweggingen. Reusch erlitt schwere Verletzungen. Er wurde in der Droßke, die den Unfall veranlaßt hatte, nach der Unfallstation in der Bahnstraße und von dort nach dem Krankenhaus gebracht.

Übermals geistesranke Verbrecher. Die „Tägliche Rundschau“ meldet: Dem Uhren- und Goldwarengeschäft von Berlin u. Land, Invalidenstr. 34, wurden nachts durch Einbrecher für 10 000 M. Wertgegenstände geraubt. Als den Thäter hat die Polizei binnen 24 Stunden einen Mechaniker Mittelstich und einen Schlosser Lorenz ermittelt und festgenommen. Auch diese beiden Einbrecher sind „geisteskrank“. Mittelstich ist ein sehr intelligenter Mensch und

